

Keine Ermittlungen gegen Kolm

Die OeNB-Vizepräsidentin stand wegen Parteispenden in der Kritik.

Wien. Barbara Kolm kann aufatmen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wird keine Ermittlungen gegen die Vizepräsidentin der Oesterreichischen Nationalbank in der Spendencausa aufnehmen, teilte eine Sprecherin der Behörde am Montag auf Anfrage der „Presse“ mit.

Kolm, die 2018 auf einem FPÖ-Ticket in das OeNB-Präsidium und den ÖBB-Aufsichtsrat eingezogen war, war im Frühling wegen Spenden an die rechte EU-Parteienallianz Acre in die Kritik geraten. Mehrere Personen aus ihrem Umfeld spendeten 2017 und 2018 an Acre, zu der unter anderem die britischen Tories und die rechtsnationale polnische Regierungspartei PiS gehören.

Die SPÖ verdächtigte Kolm, eine Spende auf mehrere Personen aufgeteilt und so die Obergrenze umgangen zu haben. Sie warf ihr Behördenbetrug, Untreue und Förderungsmissbrauch vor und erstattete Anzeige. Experten vermuteten, dass Acre private Spenden brauchte, um die maximale EU-Parteienförderung abzurufen.

Kolm hatte stets betont, in der Angelegenheit rechtlich völlig korrekt gehandelt zu haben. Mangels Vorliegens eines Anfangsverdachts sei von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgesehen worden, heißt es seitens der Behörde. (hie)

OeNB düpiert Jungforscher

Forschung. Die Notenbank steht wieder in der Kritik: Sie nehme dem Nachwuchs in der Medizin die Chance, unabhängig zu forschen.

VON KAMIL KOWALCZE

Wien. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) geht ihren Weg der Neuaufstellung stramm weiter. Sogar die Kritik der österreichischen Universitäten zur geplanten Neuausrichtung des OeNB-Jubiläumsfonds auf „notenbankrelevante“ Themen, lässt sie kalt. Die Unis machen deutlich, dass dadurch wichtige Forschungsprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie in der Medizin nicht mehr finanziert werden können.

„Die OeNB sollte nicht so tun, als sei sie eine Privatbank, die mit ihrem Vermögen gönnerhaft umgehen kann. Sie ist zu 100 Prozent im Besitz des Bundes, kein Selbstbedienungsladen. Es wirkt, als würde sie sich ihren Unabhängigkeitswunsch durch öffentliche Gelder belegen lassen wollen“, sagt Oliver Vitouch, **Präsident der Österreichischen Universitätenkonferenz**. Die in Summe rund zehn Millionen Euro pro Jahr umfassenden OeNB-Förderungen würden vor allem für Nachwuchsforscher in der Medizin fehlen, so Vitouch.

Pharmabranche kein Ersatz

Ein „Presse“-Rundruf bei den Medizinischen Universitäten bestätigt den Ernst der Lage. „Das hat ziemlich dramatische Auswirkungen auf unsere Universität. Denn es gibt in Österreich keine Organisation, die explizit klinische Forschung fördert“, sagt Wolfgang Fleischhacker, Rektor der Medizinischen Universität Innsbruck. Seit 2017 hat die Uni eine Mio. Euro von der OeNB



Das neue Notenbank-Direktorium ändert die Verteilung der Fördergelder. [APA/Hans Punz]

erhalten, bis zu 15 junge Forscher können nun ihre Projekte nicht umsetzen. Ein Beispiel: Die Erhebung der Lebensqualität von Menschen mit Krebserkrankung.

Das häufige Argument, die Pharmaindustrie könne ja finanziell einspringen, wird von allen Rektoren empört zurückgewiesen. „Natürlich können klinische Studien gesponsert werden, aber das ist Auftragsarbeit, da geht es nicht um akademische oder gesundheitspolitische Interessen, sondern wie ein Produkt am Markt zugelassen werden kann“, sagt Michaela Fritz, Rektorin der Medizinischen Universität Wien. Von 2014 bis 2018 flossen im Schnitt 1,75 Mio. Euro von der OeNB an die Wiener Uni, das entspricht in etwa 14 Projekten pro Jahr. Ein Beispiel: Lichttherapie als Behandlungsmethode bei Multipler Sklerose.

„Die Förderungen sind vor allem für junge Mediziner wichtig, die am Anfang ihrer akademischen Karriere stehen und sich in der Forschung erst etablieren müssen“, sagt Hellmut Samonigg, Rektor der Medizinischen Universität Graz. In den vergangenen knapp zwei Jahren wurden 16 Projekte mit rund 1,8 Millionen Euro von der OeNB bewilligt. Beispiele: Die vertiefte Diagnostik von Tumortypen oder geringere Dosierungen von Medikamenten bei Krebserkrankungen.

Der für den Jubiläumsfonds zuständige OeNB-Direktor Thomas Steiner erwidert: „Unser Fokus liegt nicht in der medizinischen Forschung, deren Förderung ist Aufgabe der Regierung. Wir widmen uns der Geldpolitik.“ Das Wissenschaftsministerium macht klar: Es sei dem Unterstützer überlassen, wohin seine Unterstützung fließe.

NACHRICHTEN

Porsche verkauft Autos nun auch online

Der Sportwagenbauer Porsche verkauft seine Autos nun auch online. Vorerst in Deutschland, 2020 soll der Onlinevertrieb in ganz Europa ausgerollt werden. Auch auf dem US-Markt sei er im Aufbau, hieß es.

Internethandel boomt, Smart Home weniger

62 Prozent der 16- bis 74-Jährigen haben laut Statistik Austria in den vergangenen zwölf Monaten im Internet eingekauft. Seit 2003 hat sich der Anteil fast versechsfacht, bei den unter 35-Jährigen shoppen 81 Prozent online. Smart-Home-Lösungen werden nur wenig genutzt: Nur zehn Prozent gaben an, Geräte daheim online zu steuern.

Industrie größter Wirtschaftsfaktor in EU

Die Industrie blieb voriges Jahr mit einem Anteil von 19,1 Prozent der Bruttowertschöpfung der größte Wirtschaftsfaktor in der EU. In Österreich entfielen sogar 22,1 Prozent auf diesen Sektor, der Bereich Groß- und Einzelhandel, Verkehr, Tourismus kam auf 22,6 Prozent.

Deutschland erwartet mehr Arbeitslosigkeit

Die deutschen Arbeitsagenturen rechnen – zusätzlich zur üblichen Winterflaute – mit steigender Arbeitslosigkeit. Sie erwarten aber zugleich steigende Beschäftigtenzahlen: Die Beschäftigung entwickle sich trotz des Abschwungs relativ robust.

Wirtschaftskammer Niederösterreich

Herausforderung Betreuung

In Kooperation mit der Fachgruppe der Personenberatung und Personenbetreuung der Wirtschaftskammer Niederösterreich veranstaltet die „Presse“ am 5. November in Wien ein Symposium, das sich mit dem Thema Betreuung auseinandersetzt.

Robert Pozdena, Obmann der Fachgruppe NÖ, spricht über den Status quo der 24h-Betreuung.

Alt werden wir alle, alt sein wollen wir nicht. Warum?

Robert Pozdena: Ich glaube, es geht in erster Linie darum, dass die Menschen in Würde altern wollen. Dann ist das Altsein, trotz körperlicher oder auch geistiger Einschränkungen, immer noch lebenswert. Wenn jemand Betreuung braucht, soll diese so gestaltet sein, dass dem Betreuungsbedürftigen seinem Alter dementsprechend begegnet, auf seine Bedürfnisse Rücksicht genommen und er tatsächlich „gehört“ wird. Das sollte bei jeder Betreuungsform selbstverständlich sein.

Ist das der Grund, warum die 24h-Betreuung immer beliebter wird?

Ja. Aus meiner Sicht erfüllt die Personenbetreuung, so die offizielle Bezeichnung, am besten den Anspruch auf Individualität, wenn es um diese Bedürfnisse geht. Gleichzeitig können die Betreuungsbedürftigen in ihrem gewohnten Umfeld so lange wie möglich bleiben. Viele Angehörige können sich aus beruflichen Gründen nicht selbst um ihre Angehörigen kümmern oder sind damit



Alle Betreuungsformen sollten den individuellen Bedürfnissen gerecht werden. [Gettyimages/monkeybusinessimages]

überfordert. Die Personenbetreuer übernehmen neben Aufgaben des täglichen Lebens auch Gesellschafterfunktionen und verhindern, dass alleinstehende ältere Menschen einsamen. All das wirkt sich auch gesundheitlich positiv aus.

Aber kann man sich 24h-Betreuung überhaupt leisten? Gibt es Förderungen?

Pflege- und betreuungsbedürftige Menschen erhalten in Österreich be-

kanntlich Pflegegeld in sieben Stufen. Zusätzlich zum Pflegegeld wird die Beschäftigung von selbständigen Personenbetreuern durch das Sozialministeriumservice gefördert. Bei zwei selbständigen Betreuungskräften beträgt die Förderung 550 Euro pro Monat, bei einer selbständigen Betreuungskraft sind es 275 Euro pro Monat. Um die Förderung beantragen zu können, müssen Betreuungsbedürftige Pflegegeld der Stufe 3 oder höher beziehen, über ein mo-

natliches Einkommen von nicht mehr als 2500 Euro netto verfügen und weitere Voraussetzungen erfüllen.

In manchen Bundesländern, etwa im Burgenland wird die 24-Stunden-Betreuung zusätzlich zur Förderung des Sozialministeriums mit bis zu 800 Euro pro Monat unterstützt. Seit Anfang 2019 gibt es auch in Vorarlberg eine zusätzliche Landesförderung von bis zu 600 Euro, in Härtefällen bis zu 900 Euro pro Monat.



Robert Pozdena, Obmann der Fachgruppe Personenberatung und Personenbetreuung der WK NÖ.

[Beigestellt]

Wie hoch sind die Mehrkosten für die öffentliche Hand für Pflegeheimplätze im Vergleich zur 24h-Betreuung?

Der Landesrechnungshof Niederösterreich hat 2016 ausgerechnet, dass die 24-Stunden-Betreuung gegenüber einem Pflegeheimplatz dem Land 1400 Euro pro Förderfall und Monat erspart. Eine möglichst gute Förderung und der weitere Ausbau der 24-Stunden-Betreuung zu Hause tragen insgesamt also zur deutlichen Entlastung der öffentlichen Budgets bei.

INFORMATION

Das Symposium findet auf Einladung von „Die Presse“ statt und wird finanziell unterstützt von der Wirtschaftskammer Niederösterreich.